

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

**zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Rita Schwarzelühr-Sutter, Rolf Hempelmann, Hubertus Heil (Peine), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/12538 –**

**zu der Beratung der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Rita Schwarzelühr-Sutter, Rolf Hempelmann, Dirk Becker, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksachen 17/10366, 17/12246 –**

Die Energiewende – Kosten für Verbraucherinnen, Verbraucher und Unternehmen

A. Problem

Erfolgreiche Umsetzung der Energiewende; Fehlen von Daten und Fakten für die Entwicklung einer tragfähigen Strategie für eine Energiewende.

B. Lösung

Ablehnung des Entschließungsantrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Entschließungsantrag auf Drucksache 17/12538 abzulehnen.

Berlin, den 20. März 2013

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Ernst Hinsken
Vorsitzender

Thomas Bareiß
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Thomas Bareiß

I. Überweisung

Der Entschließungsantrag auf **Drucksache 17/12538** wurde in der 225. Sitzung des Deutschen Bundestages am 28. Februar 2013 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur Federführung sowie an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Nach Auffassung der Antrag stellenden Fraktion der SPD fehlen der Koalition Willen und Fähigkeit, die Energiewende erfolgreich umzusetzen. Zu Unrecht deklarieren die Bundesregierung die bisherigen drei EEG-Novellen als Beitrag zur Begrenzung der Höhe der EEG-Umlage. Mit den in den Novellen umgesetzten Vergütungskürzungen für Photovoltaikanlagen sei die angestrebte Dämpfung des Zubaus nicht erreicht worden. Die Bundesregierung habe mit ihrer Politik in den vergangenen drei Jahren eine ganz erhebliche Planungsunsicherheit geschaffen, statt einen über Jahre sicheren Planungshorizont zu schaffen und angemessenen degressiv ausgestaltete Vergütungssätze vorzusehen. Die Bundesregierung soll unter anderem aufgefordert werden, den geplanten Eingriff in die Vergütungsstruktur von Bestandsanlagen zurückzunehmen und die Befreiung für Unternehmen von der EEG-Umlage, KWK-Umlage und Netzgebühren wieder auf den Kreis von Unternehmen zu konzentrieren, die mit hohen Energiekosten im internationalen Wettbewerb stünden und alle betriebswirtschaftlich rentablen Energieeffizienzmaßnahmen durchgeführt hätten. Ferner soll die Bundesregierung Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz in den privaten Haushalten unterstützen und für die Erarbeitung eines neuen Strommarktdesigns zunächst eine belastbare Datenbasis der Energiekosten herstellen.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 17/12538 verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 17/12538 in seiner 90. Sitzung am 20. März 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 17/12538 in seiner 97. Sitzung am 20. März 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 17/12538 in seiner 95. Sitzung am 20. März 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 17/12538 in seiner 100. Sitzung am 20. März 2013 abschließend beraten.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Entschließungsantrags auf Drucksache 17/12538 zu empfehlen.

Berlin, den 20. März 2013

Thomas Bareiß
Berichtersteller

